NEWSLETTER
DER FREIEN WÄHLER IN DER REGION STUTTGART

FreieWähler Verband Region Stuttgart

Ausgabe Dezember 2020

Newsletter der Freien Wähler in der Region Stuttgart

Liebe Freunde der Freien Wähler, sehr geehrte Damen und Herren,

weil sich die große und auch unsere kleine Welt in diesem Jahr durchgreifend verändert hat, ist die Rückbesinnung auf grundsätzliche Werte notwendiger denn je. Dies gilt in der Kommunalpolitik in unseren Kommunen, Landkreisen und der Region auch für das, wofür wir Freien Wähler stehen.

Wir vertreten vor Ort und ohne Parteidoktrin ausschließlich sachbezogen das Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Das kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in kommunaler Selbstverwaltung ist ein hohes Gut, das uns verpflichtet. Darunter verstehen wir das Aufgreifen der wirklich wichtigen Anliegen der Menschen und hohes Verantwortungsbewusstsein für alle Akteure der kommunalen Familie sowie den Verzicht auf Augenblickserfolge, die oft mit langfristig nachteiligen Wirkungen einhergehen.

Wir wünschen Ihnen einen ruhigen Jahresausklang, ein schönes Weihnachtsfest, Gesundheit und die Erfüllung vieler Ihrer persönlichen Wünsche.

Ihre Regionalfraktion

Andreas Hesky
Peter Aichinger
Karl-Heinz Balzer
Thomas Bernlöhr
Frank Buß
Wilfried Dölker
Rainer Gessler
Bernhard Maier
Gerd Maisch
Werner Stöckle
Wilfried Wallbrecht
Johannes Züfle

Verabschiedung des Haushalts 2021

Angesichts der unüberschaubaren Folgen der Pandemie wurde die Verabschiedung des Etats 2021 zu einer besonderen Herausforderung. Die Fraktion hat sich mit ihren Anträgen bewusst zurückgehalten und sich auf Maßnahmen zur Zukunftssicherung konzentriert.

In seiner Schlussbetrachtung zum Haushalt stellte Fraktionsvorsitzender Oberbürgermeister Andreas Hesky dies auch in den Mittelpunkt. Hier seine Rede im Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Dr. Schelling,
Herr Vorsitzender Bopp, liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2020 ist mit keinem anderen in der Geschichte des Verbands Region Stuttgart vergleichbar. Wir haben das zurückliegende Jahr ganz gut überstanden, wir wissen aber nicht, was kommen wird. Die Unwägbarkeiten sind wesentlich größer als in der Vergangenheit. Ich will nun keine düstere Untergangsstimmung verbreiten, denn die Region Stuttgart gehört trotz der Pandemie zu den wirtschaftlich starken Regionen, auf die es jetzt ankommt.

Die vielen Hilfspakete und Rettungsschirme, die zum allergrößten Teil über Kredite finanziert sind, müssen wieder zurückgezahlt werden. Das ist keine Kritik, ganz im Gegenteil, wir Freien Wähler halten sie für zwingend notwendig, um unsere Infrastruktur zu erhalten. Daher begrüßen wir ausdrücklich auch die Hilfspakete für die Kommunen, weil dort die Kärrnerarbeit geleistet wird, auf der wir als Verband aufbauen.

Dadurch wurden drastische Einschnitte in den Kommunen vermieden, die notwendig geworden wären, würden die weggebrochenen Gewerbesteuereinnahmen nicht wenigstens teilweise ersetzt.

Es muss uns klar sein, dass wir bei unseren Beschlüssen mehr denn je diejenigen im Blick behalten müssen, die das zu bezahlen haben. Wir verwalten letztlich kommunale Gelder. Das gilt ganz

besonders für den ÖPNV-Bereich, weil das Geld auch dafür von den Kommunen kommt.

Mit unserem Antrag auf eine Resolution an Bund und Land, der eine einstimmige Beschlussempfehlung bekommen hat, wollen wir deutlich machen, dass der durch die Pandemie stark betroffene ÖPNV gut durch die Krise gebracht werden muss. Ohne den Schutzschirm in 2021 wird dies sonst nicht gelingen. Durch die Beschlussfassung in der Regionalversammlung wird der Resolution das notwendige Gewicht verliehen.

Aber trotz der nicht gerade rosigen Zukunftsperspektiven ist die Ausgabenfreudigkeit in diesem Gremium nach wie vor ausgeprägt. Immerhin ist es gelungen, weitere Mammutausgaben, die uns überfordert hätten, für das Jahr 2021 abzuwenden.

Die Steigerung der Verkehrsumlage bis 2023 um 50% ist ein Warnsignal. Die Landkreise in der Region und die Kommunen wenden mittlerweile so viel für den ÖPNV auf, wie die restlichen Kreise im Land zusammen.

Glücklicherweise ist es gelungen, einige der beantragten Wohltaten in die Klausurtagung zu verschieben. Wir hoffen, dass sich dann die Einsicht in die Notwendigkeit einstellt, auf manches auch verzichten zu müssen, zumindest vorläufig.

Notwendig ist es auch, dass wir dafür sorgen, dass unsere Region ihre Spitzenstellung behält. Es darf uns nicht unberührt lassen, dass der Region Heilbronn-Franken erneut eine höhere Dynamik bestätigt wurde. Sicher, sie liegt wirtschaftlich „noch“ hinter uns. Aber die Worte „noch“ und „höhere Dynamik“ bedeuten, dass sie schneller als uns lieb ist aufholt.

In diese Betrachtung passt leider auch die Meldung, dass sich das Land Baden-Württemberg mit der Region Rhein-Neckar um das Zentrum für Wasserstoff bewirbt.

Wir haben alles richtig gemacht, einschließlich des mit großer Mehrheit verabschiedeten Antrags, 20 Mio. € für den noch zu erarbeitenden Wasserstoff-Masterplan bereit zu stellen.

Dass das Innovationszentrum Wasserstoff für Mobilitätsanwendungen dennoch nicht in die Region Stuttgart kommt, ist schmerzlich. Leider hat das Land so entschieden, trotz der Herkunft des Wasserstoffbeauftragten der Bundesregierung.

Vielleicht hatte das Land Sorge, dass es so geht, wie bei der Batterievergabe durch die Bundesforschungsministerin in deren heimischem Wahlkreis.

Zu verstehen ist das nicht, weil wir viel vorweisen können: Technologie, Begeisterung und beste Voraussetzungen, denn die Region Stuttgart ist die Wiege der Automobilität. Es muss unser Anliegen sein, nun zur Wiege der nachhaltigen Mobilität zu werden. Es geht um Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und letztlich den Wohlstand unserer Region.

Wir Freien Wähler freuen uns, dass wir mit unserem Antrag für ein Symposium für green fuels auch die Unterstützung anderer Fraktionen erhalten haben. Das ist Umwelt- und Klimaschutz pur, der auf eine positive Transformation der Wirtschaft setzt und Arbeitsplätze genauso sichert, wie den technologischen Vorsprung, den sich unsere Unternehmen erarbeitet haben.

Es ist nicht zu begreifen, dass die EU im Zusammenhang mit der Automobilindustrie Beschlüsse fasst, die den Ländern und Branchen, die die EU finanzieren, massiv schaden.

Keine Frage: Wir müssen den Klima- und Umweltschutz forcieren. Dazu braucht man Geld. Sogar viel Geld. Wenn man aber der Autoindustrie das Licht ausknipst, wird man schnell im Dunkeln stehen, auch der Klimaschutz. Wer dann die Wohltaten der EU finanziert, ist uns rätselhaft. Aber wieso sollte es die EU anders machen als viele andere Zeitgenossen in unseren Landen auch: Der Ast auf dem man sitzt, wird abgesägt.

Machen wir uns bewusst, dass sich die Strukturen im „Wirtschaftswunderland“ Region Stuttgart verändern. Wir müssen uns angesichts dieser Entwicklung auf das Machbare und unsere Kernaufgaben besinnen.

Es wäre vermessen, durch die Regionalversammlung der vor einem gewaltigen Umbruch stehenden heimischen Wirtschaft Empfehlungen zur Bewältigung des strukturellen Wandels zu geben. Unsere Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, um der Wirtschaft ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten bei sich verändernden Herausforderungen zu bieten.

Der interfraktionelle Antrag geht dabei in die richtige Richtung. Er zeigt, dass Klimaschutz uns alle angeht. Es gibt nicht nur den einen richtigen „Grünen Weg“. Es gibt nur den Weg, den wir im politischen Wettstreit demokratisch erarbeiten. Meinungsvielfalt und Demokratie hören beim Klimaschutz nicht auf.

Genauso wenig wie bei der Bewältigung unserer Verkehrsprobleme. Da haben wir, trotz aller ÖPNV- und Radwegbegeisterung, noch einige Hausaufgaben zu meistern.

Auch wird man die Wohnungsnot nicht dadurch lindern, dass man ständig das hohe Lied der Nachverdichtung singt, aber übersieht, dass überall höher und dichter gebaut wird und es dennoch nicht reicht.

Gleiches gilt für freie Gewerbeflächen. Auch sie reichen nicht, weder für Unternehmen, die bleiben, noch für solche, die neu in die Region kommen wollen. Diejenigen, die sich weigern, neue Flächen für Wohnungen auszuweisen, haben nun die Gewerbebrachen für sich entdeckt.

Man muss sich schon wundern. Brachen sind nicht erstrebenswert und kein Ersatz für Flächen, die von Unternehmen gesucht werden, damit sie in der Region bleiben oder sich neu ansiedeln können. Brachen sind zunächst einmal ein Ausdruck des Verlustes von Arbeitsplätzen.

Daher ist es wichtig, dass wir strategisch vorausschauende Vorratspolitik betreiben, die wir Freien Wähler nach Kräften unterstützen.

Gut, dass unser Antrag auf Ausweisung eines Gewerbegebiets im Bereich Mundelsheim aufgegriffen wurde. Ein wichtiges Zeichen, dass uns die Wirtschaft in der Region am Herzen liegt und wir die Kommunen unterstützen, die den Mut haben, ein neues Gewerbegebiet in Angriff zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es waren inspirierende Beratungen, durch die auch die politischen Unterschiede in der Regionalversammlung verdeutlicht wurden. Das ist wichtig, genauso wie das Bestreben, das Beste für unsere Region zu wollen.

Zukunftssicherung für unsere Arbeitsplätze

Seit Jahren drängen wir Freien Wähler darauf, dass den Unternehmen in unserer Region und Firmen, die sich ansiedeln wollen, Raum für ihre Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen wird. Die jahrelange Zurückhaltung hat dazu geführt, dass aus der Wirtschaft Klage geführt wird und dass zahlreiche wichtige Firmen abgewandert sind. Jetzt endlich hat die Region die Initiative ergriffen und will durch eine Änderung des Regionalplans eine Vorhaltestandort in Dettingen (Teck) für ein großflächiges Gewerbegebiet sichern.

Der Sprecher der Fraktion, Regionalrat Wilfried Dölker hat in den Beratungen in der Regionalversammlung am 9. Dezember dazu ausgeführt:

In der Region Stuttgart gibt es ein großes Defizit von Flächen für Produktionsbetriebe mit größeren Emissionen. Das hat Dr. Rogg bereits mehrfach überzeugend dargelegt. Erschlossene größere Ge-werbeflächen sind nicht in Sicht. Somit gibt es für Unternehmen, die sich kurzfristig ansiedeln oder erweitern möchten oft kein konkretes Angebot. Dieser Bedarf wird durch die Transformationsprozesses in der Autobranche weiter verstärkt. Handlungsbedarf besteht kurzfristig.

•Der Bedarf ist vorhanden - es gibt 2 Möglichkeiten.
1. Abwarten, jammern und schließlich verlieren oder
2. Problem erkennen und handeln.

•Wir Freien Wähler sehen unsere Aufgabe im Handeln – somit sind die notwendigen Rahmenbedingungen für Produktionsstandorte und für zukünftige Arbeitsplätze zu schaffen.
Wir brauchen dringend neue Gewerbeflächen, um den Strukturwandel in der Region zu ermöglichen. Wohlgemerkt: In der Region. Wir wollen nicht, dass sich neue Technologie außerhalb der Region ansiedelt. Die innovativen und starken Unternehmen, die bislang das Rückgrat unserer Region sind, sollen die Chance erhalten, das auch in Zukunft tun zu können.

Gelingt es nicht, z. B. die technologischen Fortschritte in die Fertigung von Fahrzeugen oder Antriebssystemen vor Ort zu realisieren, sind mittel- und langfristig auch die Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung gefährdet. Das würde dann zu einem nicht mehr umzudrehenden Strukturproblem für die Region Stuttgart führen. Der Aufbau neuer Strukturen, das ist, siehe Ruhrgebiet oder in den Neuen Bundesländern, äußerst mühsam und mit vielen Einbußen verbunden.
Die öfter mal geäußerte Meinung man könne alles Notwendige in Bestandsflächen unterbringen ist realitätsfern. Die Megafabrik von Tesla in Branden-burg zeigt es z.B. sehr deutlich, dass kostengünstige Fertigungssysteme weder mehrgeschossig noch in verwinkelten Gebäuden aufgebaut werden können. Wer sich anmaßt hier in der Regionalversammlung den Betrieben vorgeben zu können wie zukunftsfähige Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden können, der liegt falsch.
Leider ist oftmals auch das kommunale Interesse an einer schnellen Planungsrealisierung für Gewerbeflächen aus unterschiedlichen Gründen sehr eingeschränkt. Das zeigt sich bei den Standorten, die wir im Regionalplan entlang der A 81 im Landkreis Ludwigsburg ausgewiesen haben, sehr deutlich. Aktuell bzw. bis Corona, gab es schließlich genügend Arbeitsplätze vor Ort. Wie bereits eingangs erwähnt ist eine daraus resultierende Selbstzufriedenheit ein großes Risiko für unseren Wirtschaftsstandort.
Die gute Ausgangslage können wir sehr schnell verspielen, wenn es nicht gelingt, wichtige Standortentscheidungen pro Region Stuttgart zu ermöglichen.
In der Vorlage, das brauche ich hier nicht zu wieder-holen, sind die Standortvorteile und die Prüfkriterien für den Standort in Dettingen/Kirchheim zutreffend dargestellt. Die kommunalen Gremien haben ihre Bereitschaft zur Standortentwicklung grundsätzlich beschlossen. Das ist erfreulich und gut.
In einer Vorentscheidung hat die Regionalversammlung den Standort bereits als geeignet für einen Vorhaltestandort bewertet. Deshalb ist es nun auch logisch, die regionalplanerischen Voraussetzungen für die mögliche planungsrechtliche Absicherung des Standortes zu schaffen.
Mit dem Aufstellungsbeschluss für die Regionalplanänderung ist es ja nicht getan. Wir leiten heute lediglich den notwendigen Planungsprozess ein. Die üblichen Prüfungen einschließlich der umweltrechtlichen Abwägung folgen dann noch.
Der perfekte Standort in Vaihingen/Enz, der in der Vorentscheidung an die 2. Stelle kam, bleibt dennoch eine wichtige Option. Allerdings müssen dort zuerst die Probleme der Verkehrserschließung gelöst werden. Auch Weilheim/Teck bleibt auf unserer Agenda. In Weilheim ist nicht mal eine Änderung des Regionalplanes erforderlich, es kann also schnell reagiert werden.
Diese Standorte sind auch wichtig, vor allem, wenn sich zeigen sollte, dass der Standort, um den es heute geht schnell belegt wird, weil es konkretes Niederlassungsinteressen gibt. Auch dies wäre begrüßenswert – es wäre dann zwar kein Vorhaltestandort mehr. Dann rückt eben zunächst Vaihingen/Enz in diese Position und Weilheim bleibt für schnelle Entwicklungen eine wichtige Option.
Die Freien Wähler stimmen der Einleitung des Änderungsverfahrens zum Regionalplan am Vorhaltestandort Kirchheim/Dettingen zu. Es ist zu hoffen, dass die notwendigen Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zügig vorankommen und vor Ort auch die Bürgerschaft die großen Zukunftschancen erkennt und das Vorhaben unterstützt.